13. Plenarsitzung des 19. Niedersächsischen Landtages, 03. Mai 2023

Rede Ulf Thiele MdL
stv. Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag

- Es gilt das gesprochene Wort. -

TOP 3: **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2022/2023 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2023)** (Abschließende Beratung)

Gesetzentwurf der Landesregierung/ Beschlussempfehlung AfHuF/ Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und AfD

TOP 4: **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum zweiten Nachtragshaushalt des Haushaltsjahres 2023** (Erste Beratung)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen/ Beschlussempfehlung AfHuF/ Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Redezeit: 12 Minuten (Restredezeit von 30 Minuten)

<<Anrede Präsidium/ Plenum>>

- **Haben die Beratungen des HG und des HBG gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Abgeordneten verstoßen?**

Zunächst möchte auch ich hier noch einmal zu Protokoll geben, dass die Regierung tragenden Fraktionen ihr Versprechen eines ordentlichen Beratungsverfahrens dieses Nachtragshaushaltes gebrochen haben.

Unser Fraktionsvorsitzender Sebastian Lechner und unsere Parlamentarische Geschäftsführerin Carina Hermann haben dazu bereits ausführlich Stellung genommen. Im Ausschuss für Recht und Verfassung, in der Haushaltsausschusssitzung und im Ältestenrat haben wir Ihnen dazu ebenfalls deutliche Hinweise gegeben.

Sie haben ohne Not Ihre Änderungsvorschläge zum Haushaltsbegleitgesetz sowie zum Haushaltsgesetz und dann Ihre inhaltlich gravierenden Änderungsvorschläge zu Ihren eigenen Änderungsvorschlägen so spät in die Beratungen eingebracht, dass die von Ihnen im März zugesagte ordentliche Beratung nicht mehr möglich war. Erschwerend kam hinzu, dass Rot-Grün im vergangenen Plenum die Mitberatung der übrigen Ausschüsse abgelehnt hatte, sodass es nicht möglich war, dort die Änderungsvorschläge, geschweige denn die Änderungsvorschläge zu den Änderungsvorschlägen zu beraten.

Wir lassen die Landesregierung hier auch nicht aus der Verantwortung. Denn das Haushaltsbegleitgesetz und Änderungsvorschläge zum Haushaltsbegleitgesetz werden regelmäßig durch Formulierungshilfen des Kabinetts vorbereitet und durch die die Regierung tragenden Fraktionen lediglich eingebracht, um das Beratungsverfahren zu beschleunigen. Das ist aber nur solang in Ordnung, wie dadurch die Rechte des Parlaments nicht unbegründet beschnitten werden.

Herr Ministerpräsident, der von Ihrer rot-grünen Koalition und von Ihrer Landesregierung zu verantwortende chaotische Beratungsverlauf hatte allerdings zur Folge,

- dass die Kommunalen Spitzenverbände zu den Änderungsvorschlägen vom 19. April nur kursorisch und zu denen vom 24. April überhaupt nicht Stellung nehmen konnte,
- dass deren zweite Stellungnahme den Ausschuss für Recht und Verfassung gar nicht erreicht hat, und der Haushaltsausschuss sie nur noch zur Kenntnis nehmen, aber nicht mehr beraten konnte,
- dass der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages nach eigenen Angaben seine Beratungsaufgabe uns, dem Parlament gegenüber nur sehr eingeschränkt erfüllen konnte,
- dass die Möglichkeit der Oppositionsfraktionen, eigene Änderungsvorschläge zu Ihren und weiteren Themen einzureichen, mit dem Vorgehen dieser Koalition unzumutbar eingeschränkt wurde und

- dass die Möglichkeit aller Abgeordneten, am Gesetzgebungsverfahren mitzuwirken, unzumutbar und unbegründet beschnitten wurde.

Es gibt zwei Möglichkeiten, warum dieses unparlamentarische Verhalten dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen zustande kam:

- Entweder Rot-Grün kann das Regierungsgeschäft schlicht nicht – das wäre schlimm, aber nicht überraschend.
- Oder aber die rot-grüne Koalition will eine ordnungsgemäße Beratung ihrer Änderungsvorschläge zum Haushaltsbegleitgesetz gar nicht ermöglichen – was allerdings noch schlimmer wäre.

Sie treten die Parlamentsrechte und insbesondere die Rechte der Opposition mit Füßen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Das kann ich Ihnen hier und heute versprechen.

- **Ein besseres Niedersachsen ist machbar.**

<<Anrede>>

Dreist ist es vor diesem Hintergrund, dass SPD und Grüne jetzt als Alibi für ihr chaotisches Antragsverhalten die Änderungsanträge der Opposition heranziehen, die ja ihre Anträge auch sehr spät, teilweise erst jetzt zum Landtagsplenum eingebracht haben. … <<Pause>> … Soweit kommt das noch! Dass Sie, Herr Ministerpräsident, Ihre Landesregierung und Ihre Koalition die Oppositionsrechte in solchen Gesetzgebungsverfahren durch die von Ihnen determinierten Beratungsabläufe so drastisch einschränken und dann auch noch unsere Möglichkeiten der Antragsstellung beschränken wollen!

Selbstverständlich haben wir, aufsetzende auf dem Regierungsentwurf und den Änderungsvorschlägen der sie tragenden Fraktionen, eigene Anträge zum Nachtrag und – damit korrespondierend – zum Haushaltsbegleitgesetz erarbeitet.

Das haben wir schon deshalb getan, weil wir damit zeigen können, dass es schon mit diesem Nachtragshaushalt machbar wäre, für unser Land viel mehr zu erreichen. Wir zeigen damit, dass die Arbeitsverweigerung der rot-grünen Landesregierung nicht alternativlos ist.

- Eine bessere Unterrichtsversorgung und Kinderbetreuung ist machbar. – Sebastian Lechner ist darauf eingegangen.
- Eine bessere Flüchtlingspolitik ist machbar. – Auch dazu hat unser Fraktionsvorsitzender klare Botschaften gesetzt.

<<Anrede>>

- Auch eine bessere medizinische Versorgung ist machbar.
- Eine bessere Politik gegen den Fachkräftemangel und für mehr Wohlstand ist machbar.
- Ein besserer Klimaschutz und eine bessere Klimafolgen-Bekämpfung sind machbar.
- Ein besseres Niedersachsen ist machbar. Wenn man denn nur will.

<u>Einige Beispiele:</u>

- Die Kultusministerin erklärt, wir müssten uns für die nächsten zehn Jahre mit einer Unterrichtsversorgung abfinden. Die Einstiegsbesoldung A13 für alle Lehrkräfte sei frühestens 2024 möglich. Wir zeigen mit unserem Antrag, dass A13 schon ab diesem Sommer möglich ist. Wir zeigen, dass man mit einem Lehrkräftegewinnungsprogramm schon in diesem Jahr deutliche Fortschritte für eine bessere Unterrichtsversorgung erzielen kann-
- Alle sind sich einig, wir brauchen mehr Medizinstudienplätze. Aber im Nachtragshaushalt von Rot-Grün ist dazu nichts vorgesehen. Wir sind der Überzeugung, dass wir keine Zeit zu verlieren haben. Dass Niedersachsen schon in diesem Jahr in die Bauplanung gehen muss um an den medizinischen Hochschulen in Hannover, in Göttingen und vor allem in Oldenburg schnellstmöglich 200 zusätzliche Medizinstudienplätze zu schaffen. Das darf man nicht verschieben. Die Hochschulen müssen jetzt loslegen können.
- Die Kommunalen Spitzenverbände haben sehr deutlich erklärt – der Landkreistag wie der Städtetag – dass erheblich zusätzliche Mittel für die Krankenhausinvestitionen benötigt werden. Ursäch-

lich dafür sind insbesondere die großen Krankenhaus-Strukturprojekte. Die Antwort der Landesregierung sind einige Verpflichtungsermächtigungen, mit denen die Krankenhaus-Investitionsmittel für die Großprojekte belegt werden. Das löst die Probleme nicht, das verschärft sie sogar! Wir schlagen daher vor, für diese Aufgabe, für die großen Krankenhaus-Strukturprojekte ein neues Sondervermögen mit einem Volumen von zwei Milliarden Euro über die kommenden zehn Jahre aufzubauen – und dafür ein anderes Sondervermögen zu schließen. Dieses Sondervermögen erfüllt alle verfassungsrechtlichen Kriterien. Es schafft Sicherheit für die großen Krankenhaus-Strukturprojekte. Und es entlastet erheblich die übrigen laufenden krankenhaus-Investitionen! Auch wenn Rot-Grün das heute ablehnt, bin ich mir sicher, dass sie auf diesen Vorschlag später zurückkommen werden.
- Die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe tragen wir mit.
- Die Zulage für Polizisten, Justizvollzugsbeamte, Berufsfeuerwehrleute und Steuerfahnder sehen wir bei 200 statt bei 180 Euro. Damit kommen wir näher an die Zulage, die der Bundespolizei gezahlt wird.
- Um den aktuellen Stillstand bei der Unterhaltung und Sanierung unserer Landesstraßen zu beenden, schlagen wir vor, den Landesstraßenbauplafonds um 40 Mio. Euro anzuheben. Rot-Grün lehnt das ab und fährt damit unsere Straßen und Radwege auf Verschleiß, das wird sich später bitter rächen.
- Und: Wir wollen den Klima-, Umwelt- und Artenschutz stärken. Mit 50 Mio. Euro für einen Turbo für den Niedersächsischen Weg.
    - 6,6 Mio. Euro für die Wasserverbände und
    - 3,6 Mio. Euro für die Wasserwerke für Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimafolgen.

Wir zeigen mit unseren Anträgen, dass dies und vieles wichtige mehr jetzt machbar ist. Wir zeigen, dass man dafür eine halbe Milliarde mobilisieren kann. Wir zeigen, dass all das geht, wenn man es denn will!
Aber all das bringt Rot-Grün nicht auf den Weg. Die Landesregierung verstolpert es, der Ministerpräsident bestreiten die Notwendigkeit oder Frau Hamburg verschieben es auf irgendwann später einmal. Verstolpern und vertagen, dass reicht aber nicht für dieses Land. Das ist zu wenig für Niedersachsen!

<<Anrede>>

Jetzt sagen der Ministerpräsident und die ihn tragenden Fraktionen: Ja, aber man habe ja ganz schnell nach der Landtagswahl die Soforthilfen auf den Weg gebracht. Man helfe damit gegen die Folgen des Angriffskrieges gegen die Ukraine. Und das sei der alles überragende Schwerpunkt des Regierungshandelns. … Und, ja, wir haben dieses Paket ja im November sogar mitgetragen, weil wir die Notwendigkeit gesehen haben. Ihr Problem allerdings ist, das inzwischen jeder sehen kann, dass diese sogenannte Soforthilfe <u>weder sofort</u> kam, <u>noch geholfen</u> hat. Leider muss man inzwischen sagen: Das ist keine Soforthilfe. Das ist ein Rohrkrepierer.

- Viele energieintensive Unternehmen, Arbeitgeber hunderttausender Menschen in diesem Land, Bäckereien, Molkereien, Speditionen, Maschinenbauer, Chemieunternehmen, Aluminiumwerke, Stahlbauunternehmen, Glashersteller, sie alle haben erhebliche Probleme. Aber von den knapp 300 Millionen Euro sog. Soforthilfe für kleine und mittelständische Unternehmen sind gerade einmal zwei Millionen Euro abgeflossen. Weniger als ein Prozent!
- Den Tafeln in diesem Land laufen die Kosten weg und die Kunden zu. Aus der sogenannten Soforthilfe wurde immer noch kein Euro ausgezahlt.
- Die Menschen mit einer Öl- oder Festbrennstoffheizung warten jetzt seit sieben Monaten darauf, Herr Ministerpräsident, dass Sie Ihr Versprechen aus dem vergangenen September erfüllen, und dass sie von ihren hohen Energiekosten des vergangenen Jahres entlastet werden. Morgen, fünf Monate nach Ende des Rechnungszeitraums – können jetzt erstmals Anträge gestellt werden. Online. Die 85-jährige ältere Dame mit einer alten Ölheizung muss das erstmal erfahren und dann jemanden finden, der für sie diesen Antrag stellt.

- Die Entlastung für die Mittagessen in den Schulen und Kitas hat zwar die Kommunen erreicht, aber sehr oft nicht die Eltern der Kinder. Die Preise für die Mittagessen sind trotzdem teurer geworden. Und deshalb sitzen jetzt mehr Kinder mit der Brotdose neben den Kindern mit dem warmen Mittagessen.
- Niemand wird bestreiten, dass dieser Winter vor allem für ärmere Menschen ein harter Winter war. Aber von den 50 Millionen Euro für diese Menschen im Härtefallfonds-Etat des Landes wurde kein einziger Euro ausgezahlt.

Herr Ministerpräsident, dass diese sogenannte Soforthilfe der zentrale politische Schwerpunkt dieser rot-grünen Landesregierung ist, zeigt vor allem eines, und das mit schlimmen Folgen für die Menschen und Betriebe in diese Land. Es zeigt ihr politisches Versagen in dieser Krise!

<<Anrede>>

Nicht versagt hat Rot-Grün allerdings bei der Anmeldung zusätzlicher Stellen. In der Debatte vor einem Monat habe ich das noch sehr differenziert angesprochen. Aber zwischenzeitlich hat nicht nur der Landesrechnungshof sehr deutliche Kritik daran geäußert, dass sie und wofür sie sich hier duzende neue Leitungsstellen gönnen! Wir haben uns das inzwischen im Detail angesehen und festgestellt, dass sie die Aufgaben der Ministerien auch mit den vorhandenen Stellen problemlos hinbekommen könnten, wenn sie diese nur gezielt einsetzen würden. Aber das wollen sie nicht. Daher müssen Sie sich dazu auch kritische Fragen gefallen lassen, Herr Ministerpräsident:

- Die zusätzlichen Koordinierungsstellen im Kultusministerium – alle in der A14 bis B3-Besoldung: Warum nehmen Sie nicht die bisher dafür vorhandenen Stellen im Wirtschaftsministerium?
- Die zweite Staatssekretärin im Kultusministerium? Vorher war dies die Stelle für die Koordinierung der Digitalisierung. Für welche Koordinierung ist diese Stelle jetzt eigentlich ins Kultusministerium gewandert? Bisher gibt es dazu keine Erklärung.
- Warum weitere zusätzlich Leitungsstellen im Wirtschafts- und im Umweltministerium? Herr Meyer, gerade vor dem Hintergrund dessen, was wir jetzt bei Ihren Parteifreunden im Bundeswirtschaftsministerium erleben, werden wir sehr genau darauf achten, wie und mit wem sie die zusätzlichen sechs Leitungsstellen in Ihrem Haus besetzen.
- Und wir werden sehr genau darauf achten, wie Sie die sog. „Taskforce Energiewende“ mit Leitungspersonal aber ohne fachliche Zuständigkeit für die Raumordnung und ohne personellen Unterbau aufstellen. Sollten wir feststellen, dass sie damit nur Ihr grünes Netzwerk auf Kosten der Steuerzahler ausbauen, werden wir das öffentlich anprangern. Darauf können Sie sich verlassen!

Wir sehen für viele der von Rot-Grün neu geschaffenen Leitungsstellen keine hinreichende Begründung und schlagen daher vor, sie zu streichen und die Steuerzahler von den Kosten zu entlasten.

- **Replik auf die Reden der die Regierung tragenden Fraktionen**

  <<Anrede>>

  Zu der bisherigen Debatte:

  Der durchschaubare Vorwurf der SPD, die CDU wolle laufende Ausgaben mit Investitionsmitteln finanzieren ist falsch! Die Mittel stammen vollständig aus dem ersten Nachtrag, der sich aus laufenden Steuermehreinnahmen finanziert. Wir lösen keine Investitionsmittel auf, sondern wir lösen die Bunker auf, die Rot-Grün sich im November angelegt hat.

  -
  -
  -
  -
  -
  -
  -

Herr Lilienthal/ Marzischewski-Drewes: Einen so kaltherzigen Haushaltsantrag zu stellen, wie die AfD es getan hat, muss man sich erst einmal trauen! Die AfD will mit ihrem Antrag umfänglich Mittel für die Inklusion, für die Integration und für die Schuldnerberatung streichen. Darüber hinaus schlagen Sie vor, den Landesanteil für den Großschiffsliegeplatz in Cuxhaven deutlich zu kürzen. Die für ihren Haushaltsantrag eigentlich notwendigen Rechtsnormänderungen im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes haben Sie erst gar nicht eingereicht. Ihre Kaltherzigkeit nehmen wir Ihnen zwar ab. Ein ernstzunehmender Haushaltsantrag ist das aber dennoch nicht.

- **Abschluss: Mit Rot-Grün verliert Niedersachsen den Anschluss**

  Das Problem dieses Nachtragshaushalts ist, dass Rot-Grün mit ihm keine der Herausforderungen unseres Landes aktiv anpackt! Keines! Sie wollen gar nicht anpacken. Herr Ministerpräsident, Sie lassen das gesamte Jahr 2023 verstreichen. So wird das erste Regierungsjahr von Rot-Grün in Niedersachsen zu einem verlorenen Jahr für die Menschen in unserem Land.
  Schlimmer noch: Es wird ein Jahr des Rückschritts, weil andere Länder um uns herum uns davoneilen. Niedersachsen verliert mit dieser Landesregierung – Herr Ministerpräsident, mit Ihrer rot-grünen Landesregierung – den Anschluss.

  Unsere Aufgabe als Opposition ist es, Alternativen zu diesem Stolperstart aufzuzeigen. Mit unserem Haushaltsgesetz und mit unserem Haushaltsbegleitgesetz zeigen wir, dass eine bessere Politik für Niedersachsen möglich ist.

  Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, das mag Ihnen nicht gefallen. Das mag Ihnen unangenehm sein. Das mag Ihnen weh tun. Aber für eine demokratische Auseinandersetzung in diesem Parlament ist es unverzichtbar, dass wir als Opposition diese Möglichkeiten haben. Und vor allem deshalb werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie versuchen, uns diese Möglichkeiten mit verschleppten und verkürzten Beratungsabläufen zu verbauen!

  Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!